

<p style="text-align: center;">Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Anfrage Nr. 2790/2007)</p>
--

Eingereicht am 12.10.2007 um 08:55 Uhr.

Rat

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu einem Energiepass für öffentliche Gebäude

2002 wurde die Europäische Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden erlassen. Die daraufhin erneuerte Energieeinsparungsverordnung des Bundes 2007/2008 bezieht auch öffentlich Gebäude ein. So müssen ab Juli 2009 Energieausweise für große Dienstleistungsgebäude mit über 1.000 Quadratmetern Nutzfläche und regem Publikumsverkehr erstellt werden. Diese müssen Aussagen zum Wärmeverbrauch und zum Stromverbrauch für Beleuchtung, Lüftung, Kühlung etc. enthalten.

Aussagen zum Stromverbrauch sind aus Klimaschutzsicht besonders bedeutsam, weil laut Klimaschutzbilanz Hannover fast 50 % der CO₂-Emissionen aus dem Strombereich stammen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Für welche Gebäude einschließlich der Eigenbetriebe ist ein Energiepass aufzustellen?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, ihren Stromverbrauch zu reduzieren, der laut der Klimaschutzbilanz Hannover trotz bisheriger Einsparbemühungen steigt?
3. Wie streng sind die verwaltungsinternen Vorgaben zur Energieeffizienz im Zuge der Beschaffung insbesondere von EDV und Informations- und Kommunikationstechnik?

Lothar Schlieckau, Fraktionsvorsitzender

Hannover / 12.11.2007